

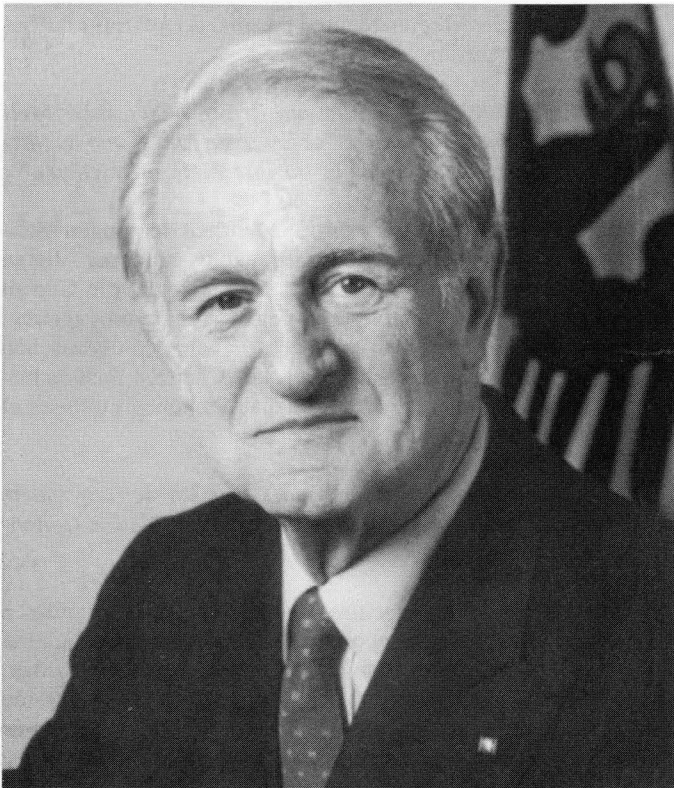


Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit Bundespräsident Johannes Rau



Frage: Seit 10 Jahren führen wir Seminare mit jungen Menschen durch. Dabei haben wir festgestellt, dass diese durchaus Interesse für das politische Geschehen zeigen. Was sie aber ganz entschieden bemängeln, ist die Darbietung vieler Politiker, die das Wohl bzw. das angenommene Wohl ihrer Partei vor das Wohl unseres Landes stellen.

Können Sie die Ansicht der jungen Menschen verstehen und sehen Sie eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken?

Ich kann die Auffassung der jungen Leute durchaus nachvollziehen. Man darf sich schon fragen, ob sich unsere Parteien - über die nötige politische Konkurrenz hinaus - ihrer Mitverantwortung für die Entfaltung demokratischer Lebensformen und Gesinnungen ausreichend bewusst sind und ob sie selber genügend glaubwürdige Beispiele für ihre eigene Lernfähigkeit und Erneuerungsbereitschaft geben.

Die Demokratie darf auch in der Zukunft kein Parteienstaat sein. Allerdings ist es leicht, „das Parteiwesen“ in Bausch und Bogen zu verurteilen. Wer das tut, muss sich

fragen lassen: Welche Alternative wünscht er sich? Wer oder was träte an die Stelle der Parteien? Wem sonst würden wir es überlassen, die Willensbildung des Gemeinwesens mitzuprägen und zum Ausdruck zu bringen? Wir brauchen Parteien. Sie ordnen die politische Debatte, sie entwerfen Modelle und Gegenmodelle, sie decken Schwachstellen und Widersprüche auf und benennen die Kosten und Folgen bestimmter Entscheidungen. Trotzdem müssen wir immer wieder fragen, wie die Parteidemokratie sich verbessern lässt. Wir müssen uns fragen: Muss die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen besser kontrolliert werden und wie kann das geschehen? Sollte oder muss das Sanktionssystem für Parteien und gegenüber den Personen, für die sie handeln, für den Fall von rechtswidrigem Verhalten verschärft werden? Wie ist es um die Demokratie innerhalb der Parteien bestellt? Was lässt sich tun, damit Menschen aus möglichst vielen verschiedenen Berufen es attraktiv finden, ein Abgeordnetenmandat anzustreben? Was lässt sich dagegen tun, dass immer mehr Politiker keine berufliche Erfahrung außerhalb der Politik haben?

Wenn wir auf diese Fragen glaubwürdige Antworten finden, wird auch das Vertrauen der Bürger in unsere Parteidemokratie zurückkehren.

Frage: Von Ihnen stammt der Ausspruch „Versöhnen statt spalten“. Dabei finden Sie sich in Übereinstimmung mit den jungen Menschen, mit denen wir in unseren Seminaren diskutieren. Sie bemängeln aber, dass es in der Praxis ganz anders aussieht. Sehen Sie das auch so?

Natürlich gibt es in unserer Gesellschaft nicht überall Gemeinsinn, natürlich gibt es Fremdenfeindlichkeit, die zu Hass und Gewalt führen, natürlich brauchen wir in einer Zeit der Globalisierung noch mehr Solidarität und nicht weniger. Die Defizite sind mir durchaus bekannt und ich spreche sie bei einer Vielzahl von Gelegenheiten an. Ich glaube aber auch, dass man die ermutigenden Signale in unserer Gesellschaft sehen muss. So sind etwa 12 Millionen Menschen in Deutschland ehrenamtlich tätig. Diese 12 Millionen leisten - Statistiker haben das ermittelt - rund 2,8 Milliarden Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit. Meist sind es Feierabende, oft sind es Nächte, die man hergibt für Veranstaltungen, für Fortbildung, für Sitzungen, für Einsätze und für Gespräche. Das heißt, jeder dritte Erwachsene engagiert sich irgendwo, im Sportverein, in der Altenhilfe, in der Fortbildung und jeder vierte tut das wöchentlich mindestens einmal.

Das heißt auch, dass unsere Gesellschaft nicht so kalt und egoistisch ist, wie das oft beschrieben wird. Wir müssen nur darauf achten, dass auch immer mehr jüngere Menschen Freude am Ehrenamt bekommen.

Frage: In regen Diskussionen mit den Jugendlichen stellen wir immer wieder fest, dass die heutige junge Generation viel harmoniebedürftiger ist, als das wohl früher der Fall war. Schläge unterhalb der Gürtellinie in politischen Debatten lehnen sie ganz entschieden ab. Wie sehen Sie das?

Es ist lebenswichtig für die Demokratie, dass die politische Auseinandersetzung so geführt wird, dass die Position, für die man einsteht, klar zu unterscheiden ist von anderen, gegenteiligen Auffassungen. Die Demokratie lebt vom geregelten Konflikt. Ich bin daher für Streit, wenn es sein muss auch für harten Streit. Die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Verständigung, zum Konsens darf dabei aber nicht verloren gehen. Konflikt und Konsens gehören zusammen.

Frage: Was führt Ihrer Meinung nach zu der erschreckend geringen Wahlbeteiligung und Beteiligung an politischen Organisationen gerade bei jungen Menschen?

Über die Ursachen geringer Wahlbeteiligung gibt es schon eine Vielzahl von Untersuchungen, und es lässt sich trefflich darüber spekulieren, welche Faktoren hier bestimmend sind. Mir scheint: Es gibt in der Öffentlichkeit zu wenig Klarheit und zu viele Missverständnisse darüber, wie unsere repräsentative Demokratie heute tatsächlich funktioniert. Auch die Verlagerung wichtiger Entscheidungen auf die europäische Ebene und die Handlungszwänge, die sich im Zuge der Globalisierung ergeben, tragen dazu bei, bei den jungen Menschen das Gefühl zu erzeugen, die wichtigen Entscheidungen würden auf europäischer und nicht auf nationaler Ebene getroffen. Diese mangelnde Transparenz führt neben der Politik- und Parteienverdrossenheit letztlich dazu, dass Menschen sich bei Wahlen verweigern.

Frage: Welche Möglichkeiten haben Staat, Politik und Gesellschaft, dem entgegenzuwirken?

Die politische Bildung an unseren Schulen muss den jungen Menschen Kenntnisse über die Funktionsweise unserer Demokratie vermitteln. Auch Schule und Elternhaus sollten junge Menschen dazu anhalten, sich über wichtige öffentliche Angelegenheiten zu informieren. Besondere Verantwortung tragen aber die Parteien. Einer der Autoren der jüngsten Shell-Studie zur Situation der Jugend in Deutschland hat gesagt, nicht die Jugendlichen seien politikverdrossen, sie hätten vielmehr das Gefühl, dass die Politik jugendverdrossen sei. Das muss auch denen in allen Parteien zu denken geben, die sich nach besten Kräften bemühen, junge Menschen für die Mitarbeit in ihrer Partei zu gewinnen.

Ich frage mich auch immer wieder, ob wir genügend dafür tun, dass junge Menschen die demokratische Lebensform lernen können, damit sie Gelegenheit haben, eigene Erfahrungen zu machen. Demokratische Gesinnung und demokratisches Handeln sind nicht angeboren. Sie müssen gelernt werden. Darum muss Demokratie gelehrt werden. Sie muss erfahrbar sein. Am besten ist, wenn sie vorgelebt wird. Junge Menschen sollen erfahren, dass man sich einsetzen muss, wenn man was erreichen will. Sie müssen lernen und einüben, dass man gemeinsam mit

anderen etwas bewegen kann, in Vereinen, in den Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen, aber auch in den Parteien. Darum möchte ich die jungen Menschen auffordern: Engagiert Euch in den Parteien, kümmert Euch um die Belange unseres Gemeinwesens, versucht unsere Gesellschaft mit zu gestalten und Einfluss auf unser Zusammenleben zu nehmen. Wer nicht handelt, der wird behandelt.

Frage: Welche Gefahren sehen Sie resultierend aus der Politik(er)verdrossenheit der jungen Generation?

Politikverdrossenheit steht für verschiedene negative Handlungen gegenüber „der Politik“, für Uninteressiertheit, Distanz oder Ablehnung. Für unsere Demokratie und ihre Institutionen liegt darin eine große Gefahr. Eine Erosion der Bindung junger Menschen an die Demokratie und Staat kann dazu führen, dass Demokratie nicht mehr gelebt wird, dass sich junge Menschen nicht mehr für die Werteordnung unseres Grundgesetzes einsetzen, dass extremistische Meinungen und Parolen demokratische Gesinnung verdrängen.

Frage: Welche Aussichten auf Erfolg haben Ihrer Meinung nach die Methoden der heutigen Links- und Rechtsradikalen, um Jugendliche für ihre Ziele zu gewinnen?

Ich glaube, dass die übergroße Mehrheit der jungen Menschen Rechts- und Linksextremismus ablehnen. Junge Menschen erkennen sehr gut, dass Parolen, die Gewalt gegen Schwächere und Hass gegen Fremde propagieren, keine Alternative zu bürgerschaftlichen, demokratischen Engagement aufzeigen. Ich sehe die Chancen, dass rechts- und linksextremistische Parteien erheblichen Einfluss auf die Jugend gewinnen, als gering an.

Frage: Welche Methoden können Demokraten anwenden, um Jugendliche vor links- und rechtsradikalen Gedankengut zu schützen?

Gegen links- und rechtsextremes Gedankengut müssen wir alle Mittel des Rechtsstaates einsetzen, ohne die liberale Substanz der Demokratie zu gefährden. Ich rate aber, dass wir ganz genau hinschauen: Es gibt rechtsextreme Ideologen und zynische Stichwortgeber, die wohl nur in den seltensten Fällen durch Dialog und Aufklärung zu erreichen sind. Es gibt aber auch viele gewaltbereite und sensationslüsterne Mitläufer und auch junge Menschen,

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahreschluss.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

die den Tabubruch nutzen, um auf ihre tatsächlich oder vermeintlich verzweifelte Situation aufmerksam zu machen. Die dürfen wir nicht als hoffnungslose Fälle abschreiben. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Jugendlichen in unserer Gesellschaft einen Platz haben und dass sie sich aufgehoben fühlen können.

Frage: Wenn Sie einen Appell an alle deutschen Jugendlichen richten können, warum es lohnenswert ist, sich in demokratischen, politischen Organisationen zu engagieren: Was sagen Sie den Menschen?

Unsere Demokratie hat bewiesen, dass sie großen Herausforderungen nicht nur standhält, sondern auch gerecht werden kann. Sie hat sich als stabil, als offen und wehrhaft erwiesen. Sie ist mit dem Terrorismus fertig geworden, der sich zu Unrecht auf linke Ideale berufen hat, und sie wird auch aufflammender Gewalt und rechtsextremer Verirrung erfolgreich entgegen treten. Unsere Demokratie hat wirtschaftliche und soziale Umwälzungen gemeistert, so sehr uns Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, alltägliche Gewalt und mangelnde Gleichberechtigung beschäftigen und immer neue Anstrengungen verlangen. In keiner anderen Staatsform lassen sich aber Gleichheit und Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit so weitgehend verwirklichen, wie in der Demokratie. Darum lohnt es, sich für unsere Demokratie einzusetzen und sich - sei es in Parteien, in Verbänden oder ehrenamtlich - für das Gemeinwesen zu engagieren und Einfluss zu nehmen auf die Formen unseres Zusammenlebens.

Frage: Bekommen wir in Zukunft verstärkt Probleme mit radikalen Fundamentalisten auch in Deutschland?

Wir dürfen die Gefahr, die von Fundamentalisten ausgeht,

nicht unterschätzen. Gleichwohl meine ich, dass wir auch nicht dramatisieren dürfen. Wir haben Anlass, wachsam zu sein und entschlossen zu handeln. Darüber sollten wir aber nicht das Gespräch zwischen den Kulturen, Religionen und Konfessionen vergessen. Da kommt es darauf an, dass Menschen mit klarem Profil im Stande sind, ihre eigenen Überzeugungen zu vertreten, ihren eigenen Glauben zu bezeugen und den anderer zu verstehen und zu achten. Da kommt es sehr darauf an, dass man Toleranz nicht mit Beliebigkeit verwechselt und dass die Konturen klar sind. Das ist sowohl zwischen den christlichen Kirchen als auch zwischen den großen Weltreligionen Gesprächsthema. Ich gehöre zu denen, die mit Hans Küng der Meinung sind, dass ohne Frieden zwischen den Weltreligionen kein Weltfrieden möglich ist. Gerade nach dem 11. September mit den Bildern, die uns allen eingebrannt sind, halte ich das Gespräch zwischen den Kulturen für eine noch dringlichere Aufgabe.

Frage: Sie haben die Tätigkeit des Reichsbanners kennen gelernt. Müsste uns der Staat hierbei nicht auch finanziell unterstützen, was bisher nicht der Fall ist?

Ich begrüße das Engagement des Reichsbanners, so wie ich auch die Tätigkeit anderer Organisationen und Institutionen im Bereich der politischen Jugendarbeit begrüße. Der demokratische Staat ist darauf angewiesen, dass solches Engagement zu großen Teilen ehrenamtlich erbracht wird. Wie groß eine mögliche finanzielle Unterstützung durch den Staat sein und wie sie verteilt werden sollte, das müssen die Abgeordneten und die Minister in Bund und Ländern entscheiden.

Die Fragen stellten Hans Bonkas und Peter Hüttl.

Anmerkungen zu einem „Bestseller“ Die Geschichte eines Deutschen von Sebastian Haffner

Was ein „Bestseller“ unter den unwahrscheinlich vielen Büchern ist, bestimmen bei uns in erster Linie die intellektuellen Kritiker und Bewerter von Büchern aus unseren Medien und danach natürlich die Auflage, die nicht zuletzt von den Kritikern bestimmt wird. Die Bücher werden in erster Linie nach ihrem intellektuellen Charakter beurteilt. Die inhaltliche Aussage ist Nebensache.

Ein Protobeispiel dafür ist das jüngste Buch von Sebastian Haffner, das seine Nachfahren herausgegeben haben. Haffner hat zu Lebzeiten darauf verzichtet, seine jugendliche Darstellung der Weimarer Republik zu publizieren, weil er wohl im Laufe des Lebens selbst gemerkt hat, dass von seinen Aussagen die meisten falsch sind. Die jetzigen Kritiker von unseren gescheiterten Blättern, wie Zeit, FAZ, Welt, Stern und Süddeutsche Zeitung hat es nicht gestört. Nach ihnen ist das Elaborat von Haffner das „Buch des Jahres“. Wer von linksintellektueller Sicht unverdorben sich des Machwerkes von Haffner annimmt, staunt über die Unwahrheiten und den Quatsch, den Haffner in seinem Jugendwerk zusammengeschmiert hat.

Da liest man, dass Friedrich Ebert ein Verräter an der eigenen Sache war, „der auch so aussah“. Überhaupt kann sich Haffner nicht genug tun, um Friedrich Ebert zu ver-

teufeln. Hier kommt ganz offensichtlich die ganze Ablehnung durch das Bürgertum der 20er Jahre, aus dem Haffner stammt, zum Ausdruck: Wie konnte es denn möglich sein, dass ein Sattlergeselle Staatspräsident von Deutschland werden konnte; ein einfacher Arbeiter, der sich zwar klar und verständlich ausdrücken konnte, aber doch eben kein Intellektueller war. Denn für diese Klientel, wenn es schon keinen Kaiser mehr gab, hätte ein solches Amt doch vorgesehen sein müssen, aber doch nicht für einen Arbeiter, einen aus dem „vierten Stand“.

Kein Wort verliert der große Zeitgeschichtenschreiber über die Tatsache, dass es vor allem Friedrich Ebert mit seinem überzeugenden Auftreten war, der auf dem Reichskongress der Arbeiter und Soldatenräte vom 18. bis 21. Dezember 1918 in Berlin Deutschland vor einer sowjetkommunistischen Diktatur der Revoluzzer Liebknecht und Luxemburg bewahrte und damit unter anderem auch das deutsche Bürgertum vor dem entsetzlichen Schicksal wie dem des russischen Bürgertums schützte.

Auf dem Kongress sprachen die angeblich von Friedrich Ebert verratenen Arbeiter ihm mit über achtzig Prozent das Vertrauen in seine Politik für eine parlamentarische Demokratie aus. Das berührt Haffner überhaupt nicht. Er

verschweigt diesen Tatbestand; wie überhaupt alles, was Haffner nicht in den Kram passt und was seine vernebelte Sicht auf die Vorgänge nach 1918 stört, verschwiegen und weggelassen wird.

Nichts erfährt der Leser über die großen Elemente einer sozialen Demokratie, die auf Veranlassung von Friedrich Ebert von den Arbeitern und Soldaten des Kongresses angenommen wurde, wie freie und geheime Wahlen für eine Nationalversammlung, wie die Abschaffung des „Drei-Klassenwahlrechtes“, wie die Einführung des Frauenwahlrechtes, wie die Einführung der 48-Stunden-Woche und vieles andere.

Die angeblich von Ebert verratenen Arbeiter dankten ihm das und gaben seiner Partei, den Sozialdemokraten, 43 Prozent der Stimmen bei der Wahl zur Nationalversammlung bereits am 19. Januar 1919. Davon liest man bei Haffner nichts.

Wenn Haffner auf der einen Seite Wahrheiten weg lässt, so fügt er auf der anderen Seite Lügen dazu. Angeblich wurden während des Spartakusaufstandes im Mai 1919 in Berlin-Lichtenberg von den „Noske-Truppen“ Hunderte von „Arbeitern“ und er fügt hinzu „oder waren es gar tausend“, die für die „Revolution“ kämpften, erschossen. Die Kommunisten waren weiß Gott nicht pingelig mit der Wahrheit, aber zu solch einer Lüge konnten sie sich nicht aufrufen - sie wären auch von der Wahrheit widerlegt worden; schon allein dadurch, dass nirgends „Hunderte von Toten“ aufgefunden wurden - aber Haffner schert das nicht. Er schrieb diese Lüge.

Genau so verlogen ist seine Berichterstattung über das Ermächtigungsgesetz 1933. Kein Wort von der wirklich großen Rede von Otto Wels, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD und natürlich auch kein Hinweis darauf, dass die SPD das Ermächtigungsgesetz abgelehnt hat. Dafür lügt Haffner, indem er behauptet, die SPD habe im Zusammenhang mit der Annahme des Friedensappells im Reichstag anschließend zusammen mit den Nazis das „Horst-Wessel-Lied“ gesungen.

Für Haffner gibt es in der Weimarer Republik nur zwei herausragende Politiker: Rathenau und Stresemann. Friedrich Ebert gehört für ihn nicht dazu. Dass es gerade Rathenau und Stresemann waren, die Friedrich Ebert hoch verehrten und seine und die damalige Politik der SPD für richtig hielten, verschweigt Haffner.

Dem Tod seines Intimfeindes Friedrich Ebert weint Haffner natürlich keine Träne nach. Er schreibt von hunderttausend Menschen, die dem Sarg von Gustav Stresemann folgten. Die Hunderttausende, die Friedrich Ebert das letzte Geleit gaben, sind für ihn keine Zeile wert.

Es ist schlimm, das solch ein verlogenes Buch heute so hoch bewertet wird. Anscheinend spielt die geschichtliche Wahrheit überhaupt keine Rolle mehr. Die Hauptsache ist, dass der Autor einen bekannten Namen hat und intellektuelles Gewäsch über die von dem Zeitgeschehen bestimmte Gefühlswelt eines jungen Mannes von sich geben kann.

Um zu zeigen wie sehr das Andenken Friedrich Eberts, der Deutschland 1918 vor einer kommunistischen Diktatur und die Einheit Deutschlands 1918/19 bewahrte, brin-

gen wir nachstehend einen Auszug aus der Gedächtnisfeier zum 20. Todestag in New York am 2. März 1945:

Schwarz-Rot-Goldenes Fahnentuch schmückte neben anderen Dekorationen das große Auditorium der „Rand School for Social Science“ in New York, als dort am Abend des 2. März Weiheklänge ertönten. Sie galten einer Gedenkfeier für Friedrich Ebert, dem ersten Präsidenten der Deutschen Republik, dessen Todestag sich zwei Tage zuvor zum zwanzigsten Male jährte.

Der Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Deutsche und Deutsch-Amerikaner, ehemalige Anhänger der verschiedenen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zur Rechten, waren gekommen, um das Andenken der Deutschen Republik und ihres ersten Präsidenten zu ehren. Mit stärkster Anteilnahme folgten sie den Ausführungen der Redner. Als der Schlußchor erklang, lag über der Versammlung eine Stimmung tiefer Trauer.

Es war in der Tat ein geschichtliches Ereignis, dass in diesem freien Lande, inmitten des furchtbarsten Krieges, Menschen deutscher Muttersprache das Andenken eines großen Deutschen ehrten und ihrer Anhänglichkeit Ausdruck geben durften zu jenem Deutschland des Rechts und der Freiheit, das vor Hitler war und das, wie sie hofften, nach Hitler wieder sein soll.

Nachstehend die Liste der Redner:

Friedrich Stampfer, Dr. Veit Valentin, Dr. Arnold Brecht, Justice Jacob Panken, Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein, Dr. Heinrich Brüning, Dr. George B. Shuster, Wilhelm Sollmann, Abraham Cahan, Dr. Leopold Jessner, Konrad Heiden.

Hier einige Auszüge der Reden:

Unser ehemaliger Bundesvorsitzender, Prinz zu Löwenstein, sagte unter anderem:

„Friedrich Ebert wurde der Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Wir, die Jungen, verdanken ihm unendlich viel. Wir verdanken ihm, dass wir Jahre erleben durften, über denen der Morgenglanz eines jungen und edlen Staates lag“.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning führte folgendes aus:

Zu meiner großen Genugtuung höre ich, dass Sie zum zwanzigsten Jahrestag des Todes des Präsidenten Ebert eine Gedächtnisfeier für ihn und sein Werk vorbereiten. Ich bin froh, dass Sie und Ihre Freunde diesen Tag nicht vorübergehen lassen wollen, ohne vereint seiner zu gedenken. Ebert wird eine der wichtigsten Erscheinungen der Nachkriegszeit bleiben. Ihm wird, wie ich hoffe, eines Tages das deutsche Volk volle Anerkennung zollen für die unermüdlige staatsmännische Arbeit, die er unter den allerschwierigsten und demütigsten Bedingungen geleistet hat.

Ich erinnere mich, mit welcher Spannung ich der ersten Begegnung Ende 1919 entgegenseh. Ich hatte vorher nie mit ihm gesprochen. Meine Haltung ihm gegenüber war kritisch. Sein persönliches Auftreten und die wenigen Worte, die ich mit ihm wechselte, gab mir unmittelbar einen tiefen Eindruck vor der großen Einfachheit seines Wesens, seinem angeborenen Takt, der Klugheit und dem

gesunden Urteil, die er im Gespräch an den Tag legte. Zum ersten Mal begriff ich da, warum so viele aus meinem Bekanntenkreis, die für das neue Regime nicht gerade allzuviel Wohlwollen aufbrachten, mit Anerkennung, wenn nicht mit Bewunderung, von der Persönlichkeit Eberts und seiner staatsmännischen Kunst sprachen.

In den folgenden Jahren lernte ich Ebert immer mehr schätzen und bewundern. Ohne jemals seine eigenen Ideale aufzugeben, die, wie ich glaube, fester auf den demokratischen Traditionen seiner Heimat und Jugendzeit, denn auf politischen Theorien beruhten, bewies er als Präsident Gerechtigkeit, Unparteilichkeit und kluge Voraussicht. Diese Eigenschaften wurden entscheidende Faktoren für die Rettung Deutschlands in den kritischen Jahren nach dem letzten Kriege. Ich weiß, wie starke Freundschaftsbande ihn mit seinen eigenen Parteigenossen verknüpften und wie schwer ihm manche Entschlüsse wurden, besonders im Jahre 1923. Dennoch hat er immer nur den Mann in das Kanzleramt berufen, von dem er annahm, dass er zur Lösung der Probleme des Augenblicks der geeignetste war.

Respekt und Bewunderung wandelten sich zu lebhafter persönlicher Sympathie, als die Verleumdungskampagne gegen ihn und seine Anhänger immer höher ihr Haupt erhob. Ich begriff, dass die Demütigungen und besonders die Fortdauer der Blockade nach dem Waffenstillstand im Volke Gefühle der Bitterkeit weckten und dass sich diese Gefühle gegen jeden richten mussten, der gerade im Amt war. Ich konnte jedoch niemals verstehen, dass Eberts

menschliche Würde und schöpferische Staatsmannskunst keine bessere allgemeine Würdigung fanden.

Es ist mein Wunsch und meine Hoffnung, dass einmal ein großer Historiker Eberts politisch-ideelle Entwicklung in den letzten sechs Monaten des Krieges und während der Revolution darstellen möge. Wenn dies ohne tendenziöse Verzerrung geschieht, dann werden - des bin ich gewiss - kommende Generationen des deutschen Volkes seinem unerschütterlichen Mut gegenüber dem spartakistischen Massensturm und seinem instinktiv gesunden Verständnis konstitutioneller Probleme hohe Anerkennung zollen. Sie werden finden, dass er niemals sein Ideal aus dem Auge verloren hat, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, soweit die Friedensbedingungen es irgend gestatteten. Dass er aber dabei immer wirklichkeitsnah und im besten Sinne des Wortes eine aufbauende Natur war. Seine Stellung zu den Fragen des Verfassungsrechts und der parlamentarischen Demokratie war immer konstruktiv, niemals demagogisch.

Auch Thomas Mann sagte zum Tod von Friedrich Ebert:

Es war ein großes Glück für Deutschland, dass Friedrich Ebert nach den verlorenen Krieg 1918 an der Spitze des Reiches stand.

Leider ist der Wunsch von Dr. Brüning nicht in Erfüllung gegangen. Ganz im Gegenteil. Er wird auch heute noch verleumdet. Zu Lebzeiten von Nazis, Kommunisten, Deutschnationalen und Stahlhelm; heute von den eingangs erwähnten Zeitungen.

Hans Bonkas

Am 14. Oktober 2001 wurde untenstehende Gedenktafel zur Erinnerung an unseren ehemaligen Bundesvorsitzenden angebracht.

Hier lebte von 1931 bis zu seiner Emigration am 30.4. 1933

HUBERTUS PRINZ ZU LÖWENSTEIN

14. 10. 1906 - 28. 11. 1984

Der Politiker, Historiker und Schriftsteller war Mitglied der Zentrumspartei
und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Gemeinsam mit seiner Frau Helga Prinzessin zu Löwenstein
von den Nationalsozialisten ausgebürgert, gründete er 1936 in den USA
die Deutsche Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil

Er kehrte 1946 mit seiner Familie nach Deutschland zurück

1953 -1957 Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus der Presse

Ein Stück Geschichte wiedergefunden

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde im Frühjahr 1924 vom sozialdemokratischen Oberpräsidenten des preußischen Sachsens Friedrich Otto Hörsing in Magdeburg als „Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner“ gegründet. Es war eine Gegenorganisation zum schwarz-weiß-roten „Stahlhelm“, in dem sich mon-



archistische, konservative und nationalistische Kräfte gesammelt hatten. Das „Reichsbanner“ wurde zu einer demokratischen Kampforganisation mit über einer Million Mitgliedern.

Am 24. Mai 1924 gründete die Kieler SPD das „Reichsbanner“. Initiatoren waren damals der Gausekretär Karl Meitmann und der SPD-Vorsitzende Richard Hansen. Die Kellinghusener SPD folgte neben vielen anderen Ortsvereinen am 10. Juli 1924 mit der Gründung ihrer „Reichsbanner“-Gruppe. Auf der Gründungsveranstaltung traten 81 SPD-Mitglieder spontan der neuen Organisation zum Schutz der Republik bei.

Aus dieser Zeit stammt auch die wiederaufgefundene

„Reichsbanner“-Fahne. Sie wehte am 8. September 1931 auch über dem Grab des Gründungsmitglieds der Kellinghusener SPD, Heinrich Strüven, der mit 86 Jahren gestorben war.

Es dauerte nur noch wenige Jahre, bis das „Reichsbanner“ unter dem Terror der Nazis und ihrer SA zusammenbrach. Am 25. Februar 1933 fand die letzte Versammlung der Kellinghusener SPD und der Eisernen Front im Restaurant „Stadt Hamburg“ statt. Louise Schroeder, schleswig holsteinische Reichstagsabgeordnete, sprach vor 300 Anwesenden über die politische Lage im Land und im Reich. Genau einen Monat später - inzwischen hatten am 30. Januar 1933 sich die Nazis die Macht im Reich angeeignet - beschloß der SPD-Vorstand den Ortsverein Kellinghusen aufzulösen, weil Leib und Leben seiner Mitglieder bedroht waren. Das gesamte Eigentum der SPD einschließlich der beiden „Reichsbanner“-Fahnen sollte vernichtet werden. Doch das hat so schnell offenbar nicht funktioniert: Anfang Mai 1933 fand bei 46 Kellinghusener Bürgern eine Hausdurchsuchung statt, bei der die Polizei, begleitet durch die SA, folgende Sachen beschlagnahmte: 7 Militärmäntel, 17 grüne Hemden, 2 Pistolen mit 70 Schuß Munition, 1 Startpistole mit 80 Schuß (Turnerschaft), 13 Seitengewehre, 4 Koppel mit Schulterriemen, 3 Fahnen Schwarz-Rot-Gold, 2 Fahnen des „Reichsbanners“.

Seitdem waren die Fahnen verschwunden. Die Leiden der „Reichsbanner“-Männer aber begann erst. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Wilhelm Burmeister, gleichzeitig Bürgermeister von Kellinghusen, ließ sie nach Glückstadt ins Gefängnis bringen. Andere mußten sich täglich bei der Polizei melden oder sie wurden in speziellen Aktionen halb zu Tode geprügelt. Viele von ihnen haben diesen Terror überlebt, aber nicht vergessen. Auch ihre Fahne hat überlebt, ebenso ihre Ideale.

Paul Löbe, der letzte Präsident des Deutschen Reichstags, hat sie 1925 auf dem Jahrestreffen des „Reichsbanners“ in Magdeburg ausgesprochen: „Bleibt fest und unbeugsam im Interesse des deutschen Volkes ... Jedes unserer Mitglieder wollen wir erfüllen mit einem neuen Geist des freien und stolzen Staatsbürgers, der sich nicht mehr zum Untertan degradieren läßt... Wir wollen keinen neuen preußischen Militarismus, wir streben nach einem nach innen und außen freien Deutschland“. Fast

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
Freiheitsbund e.V., Berlin

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main
Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.

prophetische Worte, die die Deutschen erst nach dem Krieg in ihrer mit Mängeln behafteten Bundesrepublik verwirklicht sehen.

Die Fahne aber -so alt wie die mahnden Worte von Paul Löbe - ist wieder da. Nach fast 60 Jahren, verschlissenen und strapaziert. In einer Gasmaskenbüchse soll sie das 1000-jährige Reich der Nazis überstanden haben. Zusammengeknüllt haben wir sie zuerst in einer alten Truhe im Museum wiedergesehen. Sie hat Patina ange-setzt und muß dringend restauriert werden, zumal sie vielleicht die einzige erhaltene „Reichsbanner“-Fahne in Schleswig-Holstein ist. Das kostet rund 9000 DM. Eine Summe, die die Finanzkraft der 130 Ortsvereins-

mitglieder in Kellinhusen bei weitem übersteigt. Wir bitten deshalb die Genossinnen und Genossen im Land, dem Ortsverein zu diesem Zweck mit Spenden unter die Arme zu greifen.

Der Landesverband hat dafür ein Spendenkonto eingerichtet. Stichwort: „REICHSBANNER-FAHNE“ Konto 105 055 5200 bei der Bank für Gemeinwirtschaft. Bankleitzahl: 210 101 11.

Wer als Spenderin oder Spender den Wunsch hat, die Fahne zu sehen, kann ein Farbfoto (9 x 13 cm) bekommen. Wer über 100 DM spendet, bekommt - vor Freude - das Foto sowieso.

Wie konnte Hitler 1933 an die Macht kommen? Wer trägt dafür die Verantwortung?

Auf Seminaren, die wir seit 10 Jahren mit jungen Menschen und Zeitzeugen durchführen, werden uns immer wieder diese Fragen gestellt.

Am 30. Januar 2003 jährt sich zum siebzigsten Mal der

Tag der Machterschleichung Hitlers. In den nächsten 4 Ausgaben unserer Zeitung werden wir in einer Fortsetzungs-Reihe diese Fragen beantworten und aufzeigen mit welchen Intrigen Hitler an die Macht gebracht wurde.

Hans Bonkas

Am 20. November 2001 habe ich anlässlich des Parteitag-
es der SPD in Nürnberg Hans-Jochen Vogel die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft beim Reichsbanner überreicht.

Nachstehend das Dankeschreiben von Dr. Vogel.

Lieber Hans Bonkas,

da ich Dich im weiteren Verlauf des Parteitags leider nicht mehr sprechen konnte, möchte ich Dir und den Repräsentanten Eures Vereins auch auf diesem Wege noch einmal für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold danken. Ihr habt mir damit eine große Freude gemacht und mich ermutigt, mein Engagement gegen das Vergessen fortzusetzen.

Mit besten Grüßen und guten Wünschen für Deine Arbeit
Dein

Dr. Hans-Jochen Vogel

Urkunde für die Ehrenmitgliedschaft



Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

gegründet 1924 als frühester republikanischer, überparteilicher Kampfband gegen Extremismus von rechts und links, vor 1933 mit 3,5 Millionen Mitgliedern vom einfachen Arbeiter und Bürger bis zu den Reichskanzlern Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Joseph Wirth, Hermann Müller sowie den späteren Ministerpräsidenten Karl Arnold, Wilhelm Hoegner und Hinrich-Wilhelm Kopf; heute in ungebrochener Tradition den gleichen Zielen einer entschlossenen Verteidigung von Demokratie und Freiheit verpflichtet, verleiht

Hans-Jochen Vogel

Bundesminister o. D.

Verteidiger demokratischer Freiheit gegen jeglichen Neonazismus, Rassismus und Extremismus, Streiter wider das Vergessen, die

Ehrenmitgliedschaft

Frankfurt am Main, den 20. November 2001

Der Bundesvorstand

Liebe Freunde,
liebe MitgliederInnen

des Reichsbanner Ortsvereins Frankfurt am Main
und Landesverbands Hessen

Der Vorstand wünscht Euch gute Gesundheit und
alles Gute für das Jahr 2002.

Aktiviert Euch!

Für den Vorstand der 1. Vorsitzende
Hans Brück



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde